

Pressemitteilung des Staatsschuldenausschusses

Wien, 7. Juli 2011

Budget- und Schuldenentwicklung des Staates in Österreich im Jahr 2010¹

(Ergebnisse des Berichts über die öffentlichen Finanzen 2010)

- Folgen der Krise (automatische Stabilisatoren, Konjunkturprogramme, Bankenpaket) prägten 2010 das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit von 13,2 Mrd EUR oder 4,6% des BIP (2009: 11,3 Mrd EUR oder 4,1% des BIP).
- Ausweitung der Ausgaben des Staates 2010 trotz krisenbedingter Zusatzausgaben mit 5,1 Mrd EUR oder 3,5% geringer als in den Jahren 2006 bis 2008. Die Steigerungsrate 2010 lag knapp unter dem Zehnjahresdurchschnitt von 3,6% pro Jahr.
- Maßnahmen der Bundesregierung zur Stabilisierung des österreichischen Finanzmarktes erhöhten 2010 das Maastricht-Defizit mit 1,4 Mrd EUR oder 0,5% des BIP erstmals kräftig (2009: 13 Mio EUR). Der Saldo aus den laufenden Einnahmen und Ausgaben aus dem Bankenpaket war zwar positiv (rund 350 Mio EUR). Allerdings wurden Vermögenstransfers von 1,8 Mrd EUR an zwei Banken (Kommunalkredit Austria AG und Hypo Alpe-Adria-Bank AG) zugeführt.
- Staatseinnahmen 2010 erreichten wieder das Vorkrisenniveau infolge der raschen Konjunkturerholung seit Mitte 2009 (3,3 Mrd EUR oder +2,5% im Vorjahresvergleich). Im internationalen Vergleich rangierte Österreich 2010 mit einer Abgabenquote von 43,9% des BIP weiterhin merklich über den EU-Durchschnittswerten (Euro-17: 40,4% des BIP; EU-27: 39,8% des BIP).
- Weiterer Anstieg der Verschuldungsquote gemäß Maastricht (Ende 2010: 205,2 Mrd EUR oder 72,2% des BIP; Ende 2009: 191,0 Mrd EUR oder 69,6% des BIP). Schuldenzuwachs in den Krisenjahren 2008 bis 2010 um insgesamt 11,6% des BIP gegenüber Verschuldungsstand Ende 2007.
- Rückläufiges Marktzinsniveau stabilisierte den Zinsaufwand des Staates (2010 und 2009: 7,6 Mrd EUR).
- Im internationalen Vergleich positionierte sich Österreich 2010, trotz EU-Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizits, unter jenen Ländern mit relativ niedrigen Budgetdefiziten und Verschuldungsquoten (Defizitquoten 2010 im Aggregat der EU-27: 6,4% des BIP; Verschuldungsquoten 2010 im Aggregat der EU-27: 80,2% des BIP).
- Ausland weiterhin größter Gläubiger der Staatsverschuldung (Auslandsverschuldungsanteil Ende 2010: 75,4% (-1,0 Prozentpunkte gegenüber 2009)).

¹ Die Quoten in Prozent des nominellen BIP sind mit Ausnahme des internationalen Vergleichs (Stand: Mai 2011) mit dem aktuellen BIP (Stand: Juni 2011) berechnet.

Umgestaltung der EU-Vorgaben mit weitreichenden Implikationen auf nationaler Ebene

Um **Wirtschafts- und Schuldenkrisen in Zukunft** möglichst zu vermeiden und die **Economic Governance** zu verbessern, wurden 2010 weitreichende rechtliche Änderungen auf EU-Ebene in Gang gesetzt. Das Paket zur **Umgestaltung der EU-Vorgaben** enthält drei Bereiche: Erstens die **Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP)** und der **makroökonomischen Überwachung** u. a. durch sanktionierte Verpflichtungen zur Reduktion der Schuldenquote, durch Straffung des Verfahrens bei Überschreitung der Vorgaben, durch haushaltsrechtliche Mindeststandards in den Mitgliedstaaten (z. B. mittelfristige Planung für alle Ebenen des Staates) sowie durch ein neues Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten; zweitens **den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** als permanenten Rettungsschirm ab Juli 2013 sowie drittens den **Euro-Plus-Pakt** zur engeren wirtschaftspolitischen Koordination der Euroländer und von Nicht-Euroländern auf freiwilliger Basis.

Folgen der Krise prägten die öffentlichen Haushalte Österreichs 2010 trotz rascher Erholung der Konjunktur

Die staatlichen Eingriffe zur Stützung der fehlenden Nachfrage hinterließen deutliche Spuren in den öffentlichen Haushalten in Österreich: Das **gesamtsstaatliche Budgetdefizit** stieg im Berichtsjahr 2010 auf 4,6% des BIP und die **gesamtsstaatliche Verschuldung** nahm auf 72,2% des BIP (Ende 2010) zu. Die direkt zurechenbaren Mehrbelastungen durch die Krise konzentrierten sich auf die Bundesebene. Die **sektoralen Budgetsalden** der öffentlichen Haushalte in Österreich ergaben für 2010 ein differenziertes Bild: Auf **Bundesebene** standen dem **strikten Budgetvollzug**, der durch Anreizmechanismen im neuen Haushaltsrecht des Bundes forciert wird, **höhere Transferleistungen an die Sozialversicherungsträger** (u. a. Bundesbeitrag zu den Pensionen, Entschuldung der Krankenkassen) von netto beinahe 1,5 Mrd EUR oder 0,5% des BIP sowie saldorelevante Ströme auf Basis des **österreichischen Bankenpakets** von 1,4 Mrd EUR oder 0,5% des BIP gegenüber. Insgesamt erhöhte sich 2010 auf Bundesebene ebenso wie auf Gemeindeebene das Budgetdefizit im Vorjahresvergleich, während sich die Fiskalposition auf Landesebene (ohne Wien) nicht weiter verschlechterte (2010: Bundesebene: 3,6% des BIP bzw. +0,4 Prozentpunkte, Landesebene: 0,7% des BIP, Gemeindeebene: 0,5% des BIP bzw. +0,2 Prozentpunkte). Die **Ausgabenentwicklung der Länderebene** wurde jedoch 2010 durch **Einmaleffekte**, wie beispielsweise die vorgezogene Abgangsdeckung von Landeskrankenanstalten im Jahr 2009, gedämpft. Der **Defizitaufbau auf Gemeindeebene** war 2010 (nach vorläufigen Ergebnissen) vorrangig der **Stadt Wien** (Budgetdefizit 2010: 0,2 % des BIP; 2009: 0,1 % des BIP) zuzurechnen. Die **Sozialversicherungsträger** erhöhten 2010 den positiven Finanzierungssaldo von 0,1% auf 0,2% des BIP.

Staatseinnahmen 2010 wieder auf Vorkrisenniveau infolge des unerwartet starken Konjunkturaufschwungs

Die rasche Konjunkturerholung ab dem zweiten Halbjahr 2009 bewirkte ein **deutlich über den Erwartungen liegendes Steueraufkommen** im Jahr 2010. Die **Einnahmen des Staates** stiegen 2010 trotz Entlastungen durch die Steuerreform 2009 um **insgesamt 2,5%** im Vorjahresvergleich (10-jähriger Durchschnitt: +2,6% p. a.) und erreichten mit 137,3 Mrd EUR wieder das Vorkrisenniveau. Die Einnahmenquote reduzierte sich auf 48,3% des BIP (2009: 48,8% des BIP).

Gesamtsstaatliche Abgabenquote Österreichs im internationalen Vergleich weiterhin hoch

Die **gesamtsstaatliche Abgabenquote** Österreichs nahm 2010 ab. Dennoch lag Österreich mit einer Abgabenquote (Steuereinnahmen, tatsächlich gezahlte und imputierte Sozialversicherungsbeiträge einschließlich EU-Eigenmittel) von 43,9% des BIP im Jahr 2010 deutlich über dem Euro-17-Durchschnitt von 40,4% des BIP bzw. dem EU-27-Durchschnitt von 39,8% des BIP.

Ausgabendynamik 2010 trotz krisenbedingter Zusatzausgaben weniger ausgeprägt als in den Vorjahren

Die **Ausgaben der öffentlichen Haushalte** wurden 2010 trotz **krisenbedingter Zusatzausgaben** (Fortführung von Konjunkturprogrammen, Leistungen an Banken, automatische Stabilisatoren) mit 3,5% geringer als in den Jahren 2006 bis 2008 ausgeweitet (Durchschnitt 2001 bis 2010: 3,6% p. a.). Beinahe zwei Drittel des **Ausgabenwachses** des **Staates** von insgesamt 5,1 Mrd EUR fielen 2010 auf **monetäre Sozialleistungen** an private Haushalte (z. B. Pensionen, Unterstützungen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, Mindestsicherung) und **Vermögenstransfers an Marktproduzenten** (v. a. Eigenkapital stärkende Zuschüsse an verstaatlichte Banken). Unter dem Vorjahr liegende Ausgaben waren beim **Sachaufwand** (Wegfall von Ankäufen militärischer Fluggeräte) zu beobachten. Ferner war **kein Ausgabenanstieg** beim **Zinsaufwand** infolge des niedrigen Zinsniveaus zu verzeichnen. Die gesamten Ausgaben des Sektors Staat erreichten 2010 die Höhe von 150,4 Mrd EUR oder 52,9% des BIP.

Merklicher Zuwachs der gesamtstaatlichen Verschuldungsquote

Die **öffentliche Verschuldungsquote im Sinne von Maastricht** expandierte 2010 angesichts des hohen Defizits und schulderhöhender **Sondereffekte** (z. B. Banken-Partizipationskapital, Kapitalanteile an der Verbund AG, Darlehensvergaben an Griechenland, Schuld aufnehmen zur Finanzierung von Wohnbaudarlehen etc.) erheblich: Der Schuldenstand des Staates Österreich stieg um 14,2 Mrd EUR oder 2,6 Prozentpunkte auf 205,2 Mrd EUR oder 72,2% des BIP. Von der Gesamtschuld Ende 2010 entfielen 87% auf die **Bundesebene**, 8% auf die **Landesebene**, 4% auf die **Gemeindeebene** (einschließlich Wien) und 1% auf die **Sozialversicherungsträger**.

Das von der **österreichischen Bundesregierung** zur Bewältigung der **Finanz- und Wirtschaftskrise** zur Verfügung gestellte **Partizipationskapital** (einschließlich sonstiger Finanzmittel) an österreichische Banken erreichte Ende März 2011 die Höhe von mehr als 7 Mrd EUR. Von den im Mai 2010 vereinbarten **Hilfsmaßnahmen für Griechenland** (Darlehensvergaben an Griechenland in Höhe von insgesamt 2,3 Mrd EUR) wurden bis März 2011 1,2 Mrd EUR geleistet. Beide Finanzhilfen erhöhen den öffentlichen Schuldenstand (im Regelfall aber nicht das Budgetdefizit). Wenn im Jahr 2011 und in den Folgejahren diese Finanzmittel zurückgezahlt werden, reduziert sich der Schuldenstand wieder um diese Beträge.

Umsetzung der ausstehenden Strukturreformen dringend erforderlich

Das Erfordernis einer **Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in Österreich** nahm durch die Krise und die damit einhergehenden budgetären Implikationen (Anstieg der Staatsschuldenquote, Anstieg des strukturellen bzw. permanenten Budgetdefizits) erheblich zu. Dazu trug bei, dass die gute Konjunktorentwicklung und die hohen Staatseinnahmen **vor der Krise** (2006 bis 2008) nicht in ausreichendem Umfang für Strukturreformen zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen in Österreich genutzt wurden. Der ECOFIN verpflichtete Österreich im Rahmen des **Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizits** zu einer schrittweisen **Reduktion** der gesamtstaatlichen **Defizitquote** ab 2011, die auch eine **Rückführung der Verschuldungsquote** nach sich zieht. Darüber hinaus wurde die erforderliche (**strukturelle**) **fiskalische Anpassung** mit einer Höhe von **durchschnittlich $\frac{3}{4}$ Prozent des BIP für die Jahre 2011 bis 2013** festgelegt. Die im **aktuellen österreichischen Stabilitätsprogramm** dargestellte Entwicklung des (strukturellen) Budgetsaldos und der Verschuldung tragen diesen EU-Vorgaben nicht ausreichend Rechnung. So soll laut aktuellem Stabilitätsprogramm zwar die Defizitquote bis 2014 auf 2,4% des BIP reduziert werden, der vorgesehene Konsolidierungskurs bis 2013 reicht aber nicht aus, um die Schuldenquote zu senken. Auch liegt die Reduktion des strukturellen Budgetsaldos in den Jahren 2011 bis 2013 bei durchschnittlich etwa 0,3% des BIP p. a. anstatt 0,75% des BIP p. a.

Fiskalposition Österreichs im internationalen Vergleich weiterhin gut

Im **internationalen Vergleich** (Quelle: EU-Kommission; Stand: Mai 2011) blieb Österreichs **Budgetdefizit** mit 4,6% des BIP – trotz eines EU-Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizits – auch im Jahr 2010 deutlich unter den Durchschnittswerten der EU-27 (6,4% des BIP) und der Euro-17 (6,0% des BIP). Der Abstand der Defizitquote Österreichs zu den gewichteten EU-Durchschnitten reduzierte sich allerdings merklich (von 2,7 Prozentpunkten (2009) auf 1,8 Prozentpunkte (2010) bei den EU-27-Ländern bzw. von 2,2 Prozentpunkten (2009) auf 1,4 Prozentpunkte (2010) bei den Euro-17-Ländern). Budgetdefizite unter der Maastricht-Obergrenze von 3% des BIP erreichten 2010 die EU-Länder Dänemark, Finnland, Luxemburg und Schweden. Nur Estland verzeichnete einen Budgetüberschuss. Die **Verschuldungsquote Österreichs** blieb im internationalen Vergleich zwar mit 72,3% des BIP deutlich **unter den Durchschnittswerten** der Euro-17 (85,4% des BIP) sowie der EU-27 (80,2% des BIP), überschritt aber den Referenzwert zur öffentlichen Verschuldung nach Maastricht in Höhe von 60% des BIP erheblich. Zum Jahresultimo 2010 übertrafen bereits zwölf Länder des Euroraums die 60%-Marke.

Ausland erneut größter Gläubiger der öffentlichen Verschuldung

Die Bundesschuld prägt die **Gläubigerstruktur der Staatsschuld** in Österreich: Der Bund deckt seinen Finanzierungsbedarf vorrangig über Anleiheemissionen in Euro, die in sehr hohem Umfang von ausländischen Investoren (insbesondere des Euroraums) erworben werden. Im Jahr 2010 verringerte sich der Anteil an in ausländischem Besitz befindlicher Staatsschulden von 76% (Ende 2009) auf 75% (Ende 2010). Der österreichische **Bankensektor** stellte mit einem Anteil von 14% den bedeutendsten **inländischen Gläubiger** der Staatsverschuldung dar. **Private Haushalte** hielten per Ende 2009 weniger als 1% der gesamten Staatsschuld.

Rechtlicher Rahmen des Staatsschuldenausschusses

Der Staatsschuldenausschuss, der von 1970 bis Mai 1997 ein Gremium der Österreichischen Postsparkasse war, ist seit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Errichtung des Staatsschuldenausschusses am 14. Mai 1997 (BGBl. 742/1996) als eigenständiges Gremium rechtlich verankert und bei der Oesterreichischen Nationalbank angesiedelt. Die Agenden des Ausschusses und dessen Zusammensetzung sind durch das Staatsschuldenausschussgesetz festgelegt (BGBl. i. d. g. F. 16/2002). Kern des Aufgabengebiets sind ökonomische Analysen zu Fragen der Staatsverschuldung und Einschätzung der finanzpolitischen Lage von allen öffentlichen Haushalten (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) in Österreich.

Rückfragehinweis:

Prof. Dr. Bernhard Felderer, Präsident des Staatsschuldenausschusses, Institut für Höhere Studien,
Tel. Nr.: (+43 +1) 59991 DW 125 sowie
Büro des Staatsschuldenausschusses, Oesterreichische Nationalbank,
Tel. Nr.: (+43 +1) 40420 DW 7471